



Politische Rechte

Der Nationalrat hat am Dienstag zwei parlamentarische Initiativen abgelehnt, die Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz mehr Mitbestimmungsrechte gewährt hätten. Die Grünen verlangten, dass Ausländer, die sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten, das Stimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene erhalten. SP-Nationalrat Mustafa Atici (BS) wollte, dass Personen ohne Schweizer Bürgerrecht spätestens nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz die vollen politischen Rechte auf kommunaler Ebene erhalten. Die Initiativen scheiterten mit 113 zu 63 Stimmen ohne Enthaltungen respektive mit 110 zu 64 Stimmen bei vier Enthaltungen. Sie sind vom Tisch.

Abstimmungszettel

Wenn eine Volksinitiative an die Urne kommt, soll künftig auf dem Abstimmungszettel auch auf indirekte Gegenvorschläge hingewiesen werden. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat eine entsprechende Motion von FDP-Nationalrat Marcel Dobler (SG) angenommen - mit 182 zu 1 Stimme. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Dobler machte geltend, dass für die Beurteilung der Ausgangslage bei einer Volksinitiative die Kenntnisnahme über die alternative, weniger weitreichende Lösung zentral sei. Werde das Vorhandensein eines indirekten Gegenvorschlags auf dem Abstimmungszettel vermerkt, würde dies einen Mehrwert für die Stimmbürgerinnen und -bürger schaffen. Der Bundesrat ist gegen die neue Regelung.

Sehbehinderung

Der Nationalrat will bei Volksabstimmungen Abstimmungsschablonen einführen. Diese ermöglichen es Menschen mit einer Sehbehinderung, geheim abzustimmen. Der Bund soll nach dem Willen der grossen Kammer die Voraussetzungen für den Einsatz der Hilfsmittel schaffen. Oppositionslos hat der Nationalrat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Erarbeitet hatte den Vorstoss seine Staatspolitische Kommission (SPK-N). Er geht nun an den Ständerat. Aktuell bräuchten blinde und sehbehinderte Menschen beim Ausfüllen der Unterlagen oft Unterstützung einer weiteren Person, begründet die Kommission ihr Vorhaben.

Coronavirus

Der Nationalrat will kein Vetorecht des Parlaments gegen Verordnungen und Verfügungen von Bundesrat und Bundesverwaltung zur Pandemiebekämpfung in der "besonderen Lage" gemäss Epidemiegesezt. Er hat eine entsprechende parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion mit 131 zu 47 Stimmen abgelehnt. Er folgte damit der Mehrheit seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Diese verwies insbesondere darauf, dass bereits eine Vorlage zur Stärkung des Bundesparlaments in der parlamentarischen Beratung sei. Die Initiative ist vom Tisch.

Bürgerrecht

Der Nationalrat will Doppelbürgerinnen und Doppelbürgern die schweizerische Staatsbürgerschaft bei schweren Verbrechen gegen Leib und Leben nicht entziehen. Er hat eine parlamentarische Initiative von Piero Marchesi (SVP/TI) mit diesem Anliegen abgelehnt - mit 128 zu 47 Stimmen bei 4 Enthaltungen. In den Augen der Mehrheit haben solche Verbrechen strafrechtliche und nicht bürgerrechtliche Relevanz. Der Entzug der Staatsbürgerschaft ist heute bei staatsgefährdenden Verbrechen möglich. Das soll nun so bleiben. Die parlamentarische Initiative ist vom Tisch.



Corona-Schulden

Der Nationalrat will die Hälfte der Corona-Schulden mit vergangenen Überschüssen aus dem ordentlichen Haushalt verrechnen. Der Abbau der anderen Hälfte soll bis 2031 mit dem Einsatz von strukturellen Gewinnen sowie Zusatzausschüttungen der Nationalbank erfolgen. Die grosse Kammer hat am Mittwoch als Erstrat eine entsprechende Änderung des Finanzhaushaltgesetzes in der Gesamtabstimmung mit 133 zu 51 Stimmen gutgeheissen. Sie folgte damit der Mehrheit ihrer Finanzkommission (FK-N). Diese hatte im Vorfeld der Debatte ein anderes Konzept als der Bundesrat vorgeschlagen. Die Landesregierung will die coronabedingten Schulden bis 2035 vollständig mittels künftiger Finanzierungsüberschüsse abbauen. Sie rechnet dabei mit ordentlichen Überschüssen von rund einer Milliarde Franken pro Jahr. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Impfstoffe

Die Räte sind sich nicht einig, wie viel Geld im laufenden und im kommenden Jahr für die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen bereitgestellt werden soll. Der Nationalrat hat nach einer Analyse des Bundes beschlossen, den entsprechenden Nachtragskredit neu bei rund 234 Millionen Franken festzulegen. Weiter bestätigte er den vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagenen Verpflichtungskredit fürs nächste Jahr von 780 Millionen Franken. Angesichts des Überangebotes in der Schweiz hatte der Ständerat jüngst entschieden, weniger Geld bereitzustellen. Inzwischen wurde bekannt, dass dies rechtliche Konsequenzen zur Folge hätte. Nun ist wieder die kleine Kammer am Zug.

Polycom

Das Blaulicht-Funksystem Polycom soll auch bei einem Stromausfall funktionieren. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einen Verpflichtungskredit von sechzig Millionen Franken für die Nachrüstung der dem Bund gehörenden rund 350 Antennen mit Lithium-Ionen-Batterien oppositionslos genehmigt. Priska Seiler Graf (SP/ZH) wies darauf hin, dass das für die Bundesantennen zuständige Bundesamt zu wenig Fachpersonal habe und bei der Polycom-Umsetzung deshalb Verzögerungen und Kostenüberschreitungen drohten. Finanzminister Ueli Maurer räumte ein, dass das System noch nicht über den Berg sei. Das Problem sei indessen erkannt und lösbar.

Währungshilfe

Die Schweiz soll sich auch weiterhin rasch an Massnahmen zur Stabilisierung des globalen Finanzsystems und der Wechselkurse beteiligen können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den entsprechenden Verpflichtungskredit von zehn Milliarden Franken für 2023 bis 2028 mit 161 zu 17 Stimmen angenommen. Finanzminister Ueli Maurer erinnerte daran, dass es bei der Vorlage lediglich um die Verlängerung eines bestens bewährten Systems gehe. Gerade im Ukraine-Krieg und im Gefolge der Covid-19-Pandemie sei zu erwarten, dass sich viele Länder weiter verschuldeten und die Währungsfrage an Gewicht gewinne.

Strafrecht

Der Nationalrat will bei der Revision der Strafprozessordnung das Teilnahmerecht Beschuldigter an der Einvernahme weiterer Beschuldigter nicht beschränken. Er hat an dieser und drei weiteren Differenzen zum Ständerat festgehalten. Es gelte, gleich lange Spiesse zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu erhalten. Auch ein Rekursrecht gegen Entscheide des Haftrichters über die Verlängerung einer U-Haft lehnte die grosse Kammer ab. Die Vorlage geht zum letzten Mal an den Ständerat. Lenkt dieser nicht ein, kommt die Einigungskonferenz zum Zug.



Namensrecht

Personen mit Landesverweis sollen nach dem Willen des Parlaments ihren Namen nicht mehr ändern können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einem entsprechenden Vorstoss zugestimmt. Die grosse Kammer überwies die Motion des parteilosen Schaffhauser Ständerats Thomas Minder mit 107 zu 59 Stimmen. Nun ist der Bundesrat am Zug. Dieser hatte die Annahme der Motion empfohlen und sich bereit erklärt, eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches auszuarbeiten. Dabei sei es allerdings wichtig, die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu wahren.

Sans-Papier

Sans-Papiers sollen leichter Zugang erhalten zu einer beruflichen Ausbildung. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) angenommen - mit 111 zu 73 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Für eine Mitte-Links-Mehrheit ist die geltende Regelung zu restriktiv und erschwert Sans-Papiers den Zugang zur nachobligatorischen Bildung. Es sei wenig sinnvoll, junge motivierte Erwachsene mit Potenzial, die sich sowieso schon in der Schweiz befänden, von der beruflichen Ausbildung auszuschliessen, lautete der Tenor. Vor diesem Hintergrund sei eine geringfügige Anpassung der geltenden Regelung angebracht. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Abgewiesene Asylbewerber

Der Bundesrat soll die Abschaffung des Arbeitsverbots für abgewiesene und auf ihre Ausreise wartende Asylbewerber an die Hand nehmen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von Fabio Regazzi (Mitte/TI) mit 102 zu 80 Stimmen gutgeheissen. Der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands hielt das Verbot für wenig sinnvoll, denn viele Abgewiesene könnten nicht zurück und seien am Arbeitsplatz integriert. Bundesrätin Karin Keller-Sutter warnte vergeblich vor einem Fehlanreiz. Zudem erhielten Abgewiesene, die nicht zurück können, eine vorläufige Aufnahme, was ihnen eine Erwerbstätigkeit ermögliche. Die Motion geht an den Ständerat.

Sanktionen

Der Bundesrat soll nach dem Willen des Nationalrats künftig eigenständige Schweizer Sanktionen verhängen dürfen. Die grosse Kammer hat sich am Donnerstag mit 136 zu 53 Stimmen ohne Enthaltungen für eine entsprechende Änderung des Embargogesetzes ausgesprochen. Gründe für eine Verhängung sollen namentlich die Verletzung von Menschenrechten oder andere schwere Verstösse gegen internationales Recht sein. Der Ständerat hatte eigenständige Sanktionen bei der ersten Beratung des Geschäfts abgelehnt. In der Zwischenzeit haben sich durch den Ukraine-Krieg die Vorzeichen allerdings geändert. Während der Debatte kritisierte Roger Köppel (SVP/ZH), dass die Schweiz durch den Vorschlag in Konflikte zwischen Grossmächten hineingezogen werde. Das sei gefährlich. Sanktionen seien zudem willkürliche Kriegswaffen. Yves Nidegger (SVP/GE) sagte, es sei nicht die Rolle eines neutralen Landes, das Verhalten anderer Staaten zu beurteilen und zu bestrafen. Die kleine Kammer muss sich nun nochmals mit der Sache befassen.

Ukraine

Keine Taskforce für die Sperrung und den allfälligen Einzug von Vermögenswerten russischer Oligarchen, keine unabhängige Rohstoffmarktaufsichtsbehörde: Der Nationalrat hat griffigere Instrumente für die Lokalisierung, die Sperrung und den allfälligen Einzug solcher Vermögen abgelehnt. Die beiden Vorstösse kamen aus den Reihen der SP und der Grünen.



Der Rat lehnte sie im Rahmen einer ausserordentlichen Session mit 103 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen respektive 103 zu 80 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Gutgeheissen wurden die beiden Vorstösse jeweils von der SP, den Grünen sowie den Grünliberalen. Mitte, FDP und SVP stimmten dagegen. Der Ständerat führt ebenfalls eine ausserordentliche Session zum Thema durch.

Schweizer Wein

Der Nationalrat hat eine Aufstockung der Mittel zur Förderung des Schweizer Weins auf neun Millionen Franken pro Jahr gutgeheissen. Die Aufstockung ist mit der Einhaltung von Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien verbunden. Der Rat nahm eine entsprechende Motion seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) mit 98 zu 61 Stimmen bei 22 Enthaltungen an. Derzeit unterstützt das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) die Förderung des Schweizer Weins mit jährlich 2,8 Millionen Franken. Kommissionssprecher Markus Ritter (Mitte/SG) begründete die geforderte markante Anhebung des Bundesbeitrages auf neun Millionen Franken jährlich mit dem grossen Marketingdruck aus dem Ausland, insbesondere aus Italien.

Preisobergrenze

Der Nationalrat ist wie der Ständerat gegen eine Preisobergrenze für Schutzmasken und Handdesinfektionsmittel. Er hat einer entsprechenden Standesinitiative des Kantons Jura mit 100 zu 62 Stimmen keine Folge gegeben. Im Gegensatz zu den Nachbarländern habe die Schweiz keine Preisobergrenze für Masken und Desinfektionsmittel festgelegt, hatte das jurassische Kantonsparlament argumentiert. Dadurch werde jeglicher Form von Missbrauch durch Personen, die sämtliche ethischen Werte mit Füßen träten und sich dank der pandemiebedingten Nachfrage zu bereichern suchten, Tür und Tor geöffnet. Die im September 2020 eingereichte Standesinitiative ist vom Tisch.

Krankenkassen

Krankenversicherer sollen angehäuften Prämien-Reserven an die Versicherten zurückzahlen, wenn diese mehr als 150 Prozent der Mindesthöhe betragen. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative aus den Reihen der FDP mit 107 zu 58 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Per Anfang 2021 sassen die Kassen auf Reserven von insgesamt 12,4 Milliarden Franken. Das entsprach einer durchschnittlichen Solvenzquote von 207 Prozent, mehr als das Doppelte der Mindesthöhe.

Militärische Informationssysteme

Das Parlament hat die Nachrüstung der Rechtsgrundlagen für militärische Informationssysteme verabschiedet. Die Anpassungen betreffen militärische und nicht-militärische Informationssysteme, die das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) betreibt. Die aktuellen Grundsätze zur Bearbeitung von Personendaten genügen den heutigen datenschutzrechtlichen Vorgaben nicht mehr. Der Nationalrat hiess die Vorlage mit 172 zu 0 Stimmen und bei einer Enthaltung gut. Damit ist das geänderte Gesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG) bereit für die Schlussabstimmung. Die revidierten Rechtsgrundlagen sollen laut Verteidigungsministerin Viola Amherd am 1. Februar 2023 in Kraft treten.



Energiewende

Die Massnahmen zur Umsetzung der Energiepolitik 2050 werden nicht mit Erträgen der Nationalbank finanziert. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Schaffung eines entsprechenden Fonds abgelehnt - mit 102 zu 62 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Initiative ist vom Tisch. Der Kanton Jura forderte namentlich die Verwendung von Erträgen aus Aktien und Obligationen sowie anderen Zinserträgen für die Energiewende. Er begründete dies insbesondere mit den gestiegenen Einnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) seit der Einführung von Negativzinsen.

Forschung

Der Nationalrat fordert weitere Schritte zur Förderung von Forschung und Innovation in der Schweiz. Er will damit die Nachteile durch die Nichtbeteiligung am EU-Forschungsprogramm "Horizon Europe" besser ausgleichen. Mit 164 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung hat er eine Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) gutgeheissen. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Er verlangt ein Programm zur Förderung von Forschung und Innovation. Teil davon sollen etwa Investitionsbeiträge für Start-ups und KMU und die Förderung exzellenter Forschender sein.

Flüchtlinge

Der Nationalrat ist gegen die zusätzliche Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge von den griechischen Inseln. Er hat einer Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt mit 98 zu 59 Stimmen keine Folge gegeben. Der Vorstoss wollte zudem vom Bundesrat verlangen, die Kapazitäten der Bundesasylzentren und der kantonalen Asylzentren vollständig auszulasten. Die Ratsmehrheit war zusammen mit ihrer vorberatenden Kommission der Ansicht, die Situation der Flüchtlinge auf den Inseln Lesbos und Samos sei nicht mehr dermassen tragisch wie im Herbst 2020, die Lage habe sich etwas beruhigt.

Post

Eine Standesinitiative des Kantons Zürich zum Thema Poststellen ist vom Tisch. Nach dem Stände- hat ihr auch der Nationalrat oppositionslos keine Folge gegeben. Der Entscheid erfolgte aus rein formalen Gründen. Aufgenommen wird das Anliegen trotzdem. Dies, weil das Parlament in der Vergangenheit eine Initiative des Kantons Jura mit derselben Stossrichtung Folge gegeben hatte. Der Kanton Zürich verlangte ein Moratorium für Schliessungen von Poststellen, bis eine gesamtschweizerische Planung vorliegt.

Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat

Die Schweiz ist am Donnerstag in New York mit 187 von 190 gültigen Stimmen in den UNO-Sicherheitsrat gewählt worden. Damit nimmt die Schweiz erstmals in der Geschichte dort Einsitz.

Mit der Wahl in den Sicherheitsrat steht die Schweiz exponiert zuvorderst auf der internationalen Bühne. Pascale Baeriswyl, die Chefin der Schweizer Uno-Mission in New York, wird – Seite an Seite mit den fünf Vetomächten USA, China, Russland, Frankreich und Grossbritannien – mitreden, wenn es um politische Krisen, Sanktionen oder Friedensmissionen geht.

Aufgrund der unsicheren Weltlage ist das Risiko, heikle Entscheide treffen zu müssen, stark gestiegen und es ist durchaus möglich, dass der Bundesrat Entscheide treffen wird, die sich negativ auf die Schweizer Neutralität und ihre guten Dienste auswirken.



Der Sicherheitsrat entscheidet über Krieg und Frieden. Die Mitgliedschaft der Schweiz in diesem Gremium der Grossmächte zerstört die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität und kann unser Land in gefährliche Konflikte hineinziehen. Die Neutralität war bis heute eines der höchsten Güter unseres Landes. Zum einen sorgte sie dafür, dass sich die Schweiz nicht in fremde Konflikte hineinziehen liess. Zum andern war sie seit mehr als 200 Jahren ein Garant für die innere Sicherheit der Schweiz. Unser Land würde es wohl ohne das Neutralitätsprinzip nicht mehr geben. Die Religionskriege im 16. Jahrhundert oder der 1. Weltkrieg hätten die Eidgenossenschaft auseinandergerissen.

Aus aktuellem Anlass demonstrierte die fast komplett versammelte SVP-Fraktion am Donnerstagmorgen gegen die Wahl der Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat:



Bern, im Juni 2022
David Zuberbühler